

No. 41003

**Germany
and
Poland**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Poland concerning cooperation in the field of environmental protection. Schwerin, 7 April 1994

Entry into force: *31 August 1998 by notification, in accordance with article 14*

Authentic texts: *German and Polish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 14 February 2005*

**Allemagne
et
Pologne**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Pologne relatif à la coopération dans le domaine de la protection de l'environnement. Schwerin, 7 avril 1994

Entrée en vigueur : *31 août 1998 par notification, conformément à l'article 14*

Textes authentiques : *allemand et polonais*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 14 février 2005*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Abkommen

zwischen

der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

der Regierung der Republik Polen

über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Polen -

in Anbetracht der großen Bedeutung, die die Vertragsparteien dem Schutz der Umwelt beimessen,

geleitet von den Bestimmungen des Vertrags vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,

im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Deklaration der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen in Stockholm von 1972 und der Deklaration der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro von 1992,

in Erkenntnis der Notwendigkeit einer umweltverträglichen Nutzung der natürlichen Ressourcen,

in der Überzeugung, daß eine enge, von gegenseitigem Vertrauen getragene Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes von beiderseitigem Vorteil ist und zur Festigung gutnachbarschaftlicher Beziehungen beiträgt,

in dem Wunsch, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes weiterzuentwickeln und hiermit vertraglich auszubauen -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien werden auf dem Gebiet des Umweltschutzes auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Gegenseitigkeit und des beiderseitigen Nutzens umfassend zusammenarbeiten.

(2) Ziel der Zusammenarbeit ist die nachhaltige Verbesserung des Zustands der Umwelt durch

- a) die Verringerung schädlicher Einwirkungen auf die Umwelt;
- b) die Gewährleistung einer umweltverträglichen Nutzung der natürlichen Ressourcen;
- c) den Schutz, die Pflege und die Entwicklung einer standortgerechten Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten und ihrer Lebensräume.

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien arbeiten insbesondere auf den Gebieten Luftreinhaltung, Gewässer-, Boden- und Naturschutz, einschließlich des Schutzes der Wälder, zusammen.

(2) Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind insbesondere

- a) der Erfahrungsaustausch in Fragen der Umweltrechtsetzung und der Umweltverwaltung;
- b) die Erhebung und die Analyse von Daten über den Zustand der Umwelt und der auf sie einwirkenden Faktoren sowie der Austausch dieser Informationen;
- c) die Umwelterziehung und die Aufklärung der Bevölkerung zu Umweltfragen;

- d) der Erfahrungsaustausch bei der Einführung umweltfreundlicher Technologien und die Erleichterung ihrer Anwendung und ihres Austausches;
- e) der Erfahrungsaustausch über Verfahren zur rationellen Nutzung von Rohstoffen und Energie;
- f) der Erfahrungsaustausch in allen Fragen der Abfallwirtschaft;
- g) die Entwicklung abgestimmter Strategien für eine regionale und internationale Umweltpolitik.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß durch eine abgestimmte grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes eine umweltverträgliche Entwicklung der grenznahen Gebiete gewährleistet werden soll.

(2) Im Vordergrund der Zusammenarbeit soll die Erfassung, Bewertung und Verringerung von Umweltbelastungen in den grenznahen Gebieten sowie insbesondere die Verhütung von erheblichen grenzüberschreitenden Umweltbeeinträchtigungen stehen.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien werden gemeinsam Gebiete von besonderer Gefährdung der Umwelt oder von besonderer Umweltqualität in den grenznahen Gebieten festlegen und Maßnahmen vereinbaren, die auf den besonderen Schutz der Umwelt in diesen Gebieten abzielen.

(2) Mit dem Ziel der Verbesserung der Umweltsituation in den grenznahen Gebieten fördern die Vertragsparteien die unmittelbare nachbarschaftliche Zusammenarbeit der zuständigen kommunalen und staatlichen Behörden.

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien ergreifen alle geeigneten und wirksamen Maßnahmen zur Verhütung, Verringerung und Bekämpfung von erheblichen grenzüberschreitenden Umweltbeeinträchtigungen.

(2) Die Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet eine Tätigkeit mit erheblichen grenzüberschreitenden Beeinträchtigungen beabsichtigt ist, wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen. Hierbei werden auch die möglichen Beeinträchtigungen auf die Umwelt der anderen Vertragspartei geprüft. Sie wird die andere Vertragspartei über die beabsichtigte Tätigkeit sobald wie möglich, spätestens jedoch zu dem Zeitpunkt, zu dem sie ihre eigene Öffentlichkeit unterrichtet, benachrichtigen, ihr die erforderlichen Angaben mitteilen und sachgemäße Konsultationen anbieten.

(3) Die Einzelheiten der Information, der Konsultation sowie die diesen Verfahren unterliegenden Tätigkeiten richten sich nach dem Übereinkommen vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen, sobald das Übereinkommen auf beide Vertragsparteien Anwendung findet. Bis zu diesem Zeitpunkt werden beide Vertragsparteien das Übereinkommen in größtmöglichem Umfang und in Übereinstimmung mit ihrem innerstaatlichen Recht vorläufig anwenden.

(4) Die Vertragsparteien werden möglichst bald nach Inkrafttreten dieses Abkommens die in die grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung einzubeziehenden Tätigkeiten auf-

listen und die Verfahren der gegenseitigen Information und Konsultation gemäß den Vorschriften des in Absatz 3 genannten Übereinkommens vereinbaren.

Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien informieren sich unverzüglich über Fälle grenzüberschreitender außergewöhnlicher Verunreinigungen der Umwelt, sofern die Sorge besteht, daß diese Verunreinigungen eine Gefährdung für die Gesundheit und das Leben von Menschen oder für die natürliche Umwelt der anderen Vertragspartei darstellen.

(2) Die Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet sich ein Störfall oder ein anderer unvorhergesehener Vorfall ereignet hat, welcher zur Entstehung von außergewöhnlichen Verunreinigungen der Umwelt führt, wird unverzüglich wirksame Maßnahmen zur Beseitigung der Ursachen und zur Begrenzung der Auswirkungen eines Störfalls oder eines anderen unvorhergesehenen Vorfalls einleiten und die andere Vertragspartei darüber informieren.

(3) Die Vertragsparteien werden unter Beteiligung der örtlich zuständigen Behörden ein gegenseitiges Warn- und Informationssystem für Fälle grenzüberschreitender außergewöhnlicher Verunreinigungen der Umwelt entwickeln sowie bei der Beseitigung dieser Verunreinigungen und ihrer Folgen zusammenarbeiten.

(4) Zu diesem Zweck werden die Vertragsparteien entsprechende Vereinbarungen unter Beachtung einschlägiger internationaler Regelungen, die für beide Vertragsparteien verbindlich sind, insbesondere des Übereinkommens vom 17. März 1992 über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen, schließen.

Artikel 7

(1) Die Haftung für Schäden, die als Folge einer grenzüberschreitenden Umwelteinwirkung entstehen, richtet sich nach dem jeweils geltenden Recht der Vertragsparteien.

(2) Die Vertragsparteien gewährleisten hierzu den Staatsangehörigen der jeweils anderen Vertragspartei den ungehinderten und gleichen Zugang zu ihren Gerichten nach Maßgabe ihres jeweils geltenden Rechts einschließlich der für sie verbindlichen internationalen Übereinkünfte.

Artikel 8

Die Vertragsparteien werden dem Export und Import von Abfällen und umweltgefährdenden Stoffen, soweit er dem Recht einer der Vertragsparteien widerspricht, entschieden entgegenwirken.

Artikel 9

(1) Für die Durchführung dieses Abkommens sind zuständig auf deutscher Seite der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, auf polnischer Seite der Minister für Umweltschutz, Natürliche Ressourcen und Forstwesen. Die Minister leiten den Deutsch-Polnischen Umweltrat, der gemäß Artikel 1 der Vereinbarung vom 17. Juni 1991 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Bildung des Deutsch-Polnischen Umweltrats eingerichtet wurde.

(2) Um die Durchführung dieses Abkommens zu fördern, können die Minister Kommissionen und Arbeitsgruppen, darunter insbesondere die Kommission für nachbarschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes, mit der Bearbeitung und Klärung bestimmter, beide Vertragsparteien interessierender Aufgaben beauftragen.

(3) Die Vertragsparteien beteiligen an der Zusammenarbeit die zuständigen kommunalen und staatlichen Behörden.

(4) Im Einvernehmen beider Vertragsparteien können nichtstaatliche Organisationen in die Zusammenarbeit einbezogen werden.

Artikel 10

Die Zusammenarbeit erfolgt auf der Grundlage des Prinzips der Gegenseitigkeit in Form von Expertentreffen, fachwissenschaftlichen Veranstaltungen, Gastaufenthalten von Experten, Informationsaustausch und Weiterbildungsmaßnahmen.

Artikel 11

Die Vertragsparteien fördern die Herstellung und Entwicklung von Kontakten sowie die Zusammenarbeit zwischen nichtstaatlichen Institutionen und Organisationen, die im Bereich des Umweltschutzes tätig sind.

Artikel 12

(1) Die Vertragsparteien können die Ergebnisse ihrer Zusammenarbeit im gegenseitigen Einvernehmen Dritten übermitteln. Der Austausch von Informationen und die Weitergabe an Dritte erfolgen unter Beachtung der jeweils geltenden Rechtsvorschriften, der Rechte Dritter und internationaler Verpflichtungen.

(2) Die Verwendung schutzwürdiger oder geschützter Informationen bedarf einer gesonderten Regelung.

Artikel 13

Jede Vertragspartei trägt ihre für die Durchführung dieses Abkommens entstehenden Kosten. Im Einzelfall kann eine andere Regelung vereinbart werden.

Artikel 14

Die Vertragsparteien notifizieren einander, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Das Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die letzte Notifikation eingegangen ist.

Artikel 15

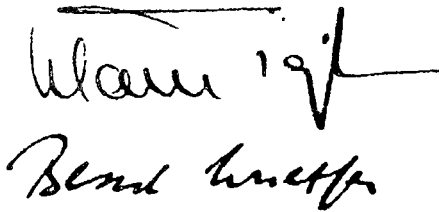
Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder der Vertragsparteien unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten durch Notifikation gekündigt werden.

Artikel 16

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 10. November 1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes außer Kraft.

Geschehen zu Schwerin am 7. April 1994
in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache,
wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland


Klaus Töpfer

Für die Regierung der
Republik Polen



[POLISH TEXT — TEXTE POLONAIS]

U M O W A

między
Rządem Republiki Federalnej Niemiec
a
Rządem Rzeczypospolitej Polskiej

o współpracy w dziedzinie ochrony środowiska

Rząd Republiki Federalnej Niemiec i Rząd Rzeczypospolitej Polskiej,

- z uwagi na duże znaczenie, jakie Umawiające się Strony przywiązują do ochrony środowiska,

- kierując się postanowieniami Traktatu między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy z dnia 17. czerwca 1991 roku,

- zgodnie z celami i zasadami Deklaracji Konferencji Narodów Zjednoczonych na temat środowiska człowieka w Sztokholmie w 1972 roku i Deklaracji Konferencji Narodów Zjednoczonych Środowisko i Rozwój w Rio de Janeiro w 1992 roku,

- uznając konieczność nieuciąźliwego dla środowiska korzystania z zasobów naturalnych,

- przekonane, że ścisła, oparta na wzajemnym zaufaniu współpraca w dziedzinie ochrony środowiska jest obopólnie korzystna i przyczynia się do umacniania dobrosąsiedzkich stosunków,

- pragnąc dalej rozwijać współpracę w dziedzinie ochrony środowiska i rozszerzyć ją w drodze niniejszej Umowy,

uzgodniły co następuje:

Artykuł 1

(1) Umawiające się Strony będą wszechstronnie współpracować w dziedzinie ochrony środowiska na zasadzie równoprawności, wzajemności i obopólnych korzyści.

(2) Celem współpracy jest ustawiczna poprawa stanu środowiska poprzez:

a) zmniejszanie szkodliwych oddziaływań na środowisko,

b) zapewnienie nieuciąźliwego dla środowiska korzystania z zasobów naturalnych,

c) ochronę, utrzymanie oraz rozwój różnorodności gatunków flory i fauny właściwej dla obszarów ich występowania.

Artykuł 2

(1) Umawiające się Strony współpracować będą zwłaszcza w dziedzinie ochrony powietrza, wód, powierzchni ziemi i przyrody z uwzględnieniem ochrony lasów.

(2) Przedmiotem współpracy są w szczególności:

a) wymiana doświadczeń w sprawach stanowienia prawa dotyczącego ochrony środowiska i zarządzania środowiskiem,

b) zbieranie i analiza danych o stanie środowiska i oddziaływujących na nie czynników, oraz wymiana tych informacji,

c) edukacja ekologiczna i informowanie społeczeństwa w sprawach dotyczących ochrony środowiska,

d) wymiana doświadczeń we wdrażaniu technologii przyjaznych środowisku i ułatwianie ich stosowania i wymiany,

e) wymiana doświadczeń dotyczących metod racjonalnego użytkowania surowców i energii,

f) wymiana doświadczeń we wszystkich zagadnieniach dotyczących gospodarki odpadami,

g) rozwijanie uzgodnionych strategii dla regionalnej i międzynarodowej polityki ekologicznej,

Artykuł 3

(1) Umawiające się Strony są zgodne co do tego, że poprzez uzgodnioną transgraniczną współpracę w dziedzinie ochrony środowiska powinien zostać zapewniony nieuciążliwy dla środowiska rozwój obszarów przygranicznych.

(2) Pierwszoplanowe znaczenie we współpracy należy nadać ustaleniu, ocenie i zmniejszeniu obciążeń środowiska na obszarach przygranicznych, jak również w szczególności zapobieganiu znaczącym transgranicznym szkodliwym oddziaływaniom.

Artykuł 4

(1) Umawiające się Strony wspólnie określają obszary szczególnego zagrożenia lub o specjalnych walorach środowiska na obszarach przygranicznych i uzgodnią działania zmierzające do szczególnej ochrony środowiska na tych obszarach.

(2) Celem poprawy sytuacji ekologicznej na obszarach przygranicznych Umawiające się Strony wspierać będą bezpośrednią współpracę sąsiedzką właściwych władz samorządowych i rządowych.

Artykuł 5

(1) Umawiające się Strony podejmą wszelkie odpowiednie i skuteczne działania w celu zapobiegania, zmniejszania i zwalczania znaczącego szkodliwego oddziaływania transgranicznego na środowisko.

(2) Umawiająca się Strona, na terytorium państwa której zamierzana jest działalność o znaczącym szkodliwym oddziaływaniu transgranicznym dokona oceny oddziaływania na środowisko. Ocenie podlegają przy tym także możliwe szkodliwe oddziaływania na środowisko drugiej Umawiającej się Strony. Powiadomi ona drugą Umawiającą się Stronę o zamierzonej działalności tak szybko jak to możliwe, najpóźniej jednakże z chwilą powiadomienia własnej opinii publicznej, poda jej niezbędne dane o zamierzonej działalności i zaproponuje fachowe konsultacje.

(3) Szczegóły informowania, konsultowania oraz rodzaje działalności objętych tą procedurą wynikają z Konwencji o ocenach oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym z dnia 25. lutego 1991 roku, gdy tylko Konwencja ta będzie miała zastosowanie do obu Umawiających się Stron. Do tego czasu obie Umawiające się Strony stosować będą tę Konwencję w możliwie najszerszym zakresie i zgodnie ze swym prawem wewnętrznym.

(4) Umawiające się Strony w możliwie najkrótszym terminie od wejścia w życie niniejszej Umowy uzgodnią wykaz działalności, które powinny podlegać transgranicznej ocenie oddziaływania na środowisko oraz procedurę wzajemnego informowania się i konsultowania, zgodnie z przepisami Konwencji wymienionej w Ustępie 3.

Artykuł 6

(1) Umawiające się Strony będą niezwłocznie informowały się o przypadkach transgranicznych, nadzwyczajnych zanieczyszczeń środowiska, o ile zachodzi obawa, że zanieczyszczenia te stanowią zagrożenie dla zdrowia i życia ludzi lub dla środowiska naturalnego drugiej Umawiającej się Strony.

(2) Umawiająca się Strona, na terytorium państwa której nastąpiła awaria lub inne nieprzewidziane zdarzenie, które prowadzi do powstania nadzwyczajnych zanieczyszczeń środowiska, niezwłocznie podejmie skuteczne działania dla usunięcia przyczyn i ograniczenia skutków awarii lub innego nieprzewidzianego zdarzenia i poinformuje o tym drugą Umawiającą się Stronę.

(3) Umawiające się Strony, przy udziale właściwych władz terytorialnych, opracują system wzajemnego ostrzegania i powiadamiania się w przypadkach transgranicznych nadzwyczajnych zanieczyszczeń środowiska, jak również współpracować będą przy usuwaniu tych zanieczyszczeń i ich skutków.

(4) W tym celu Umawiające się Strony zawrą stosowne porozumienia, z uwzględnieniem odpowiednich uregulowań międzynarodowych obowiązujących obie Umawiające się Strony, w szczególności Konwencji w sprawie transgranicznych skutków awarii przemysłowych z dnia 17. marca 1992 roku.

Artykuł 7

(1) Odpowiedzialność za szkody będące skutkiem transgranicznego oddziaływania na środowisko określa się według odpowiednio obowiązującego prawa Umawiających się Stron.

(2) Umawiające się Strony zapewnią obywatelom drugiej Umawiającej się Strony swobodny i równy dostęp do swych sądów według odpowiednio obowiązującego prawa włącznie z obowiązującymi je umowami międzynarodowymi.

Artykuł 8

Umawiające się Strony będą zdecydowanie przeciwdziałały eksportowi i importowi odpadów i substancji zagrażających środowisku, o ile będzie on sprzeczny z prawem którejkolwiek z Umawiających się Stron.

Artykuł 9

(1) Do realizacji niniejszej Umowy właściwi są: po stronie niemieckiej Federalny Minister Środowiska, Ochrony Przyrody i Bezpieczeństwa Reaktorów, po stronie polskiej Minister Ochrony Środowiska, Zasobów Naturalnych i Leśnictwa. Ministrowie kierują Niemiecko-Polską Radą Ochrony Środowiska, która została powołana zgodnie z artykułem 1 Porozumienia między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o utworzeniu Niemiecko-Polskiej Rady Ochrony Środowiska z dnia 17. czerwca 1991 roku.

(2) Celem wspierania realizacji niniejszej Umowy Ministrowie mogą powierzać Komisjom i Grupom Roboczym, w tym w szczególności Komisji do spraw współpracy sąsiedzkiej w dziedzinie ochrony środowiska, opracowanie i wyjaśnianie konkretnych zadań interesujących obie Umawiające się Strony.

(3) Umawiające się Strony zapewniają we współpracy uczestnictwo właściwych władz samorządowych i rządowych.

(4) Za zgodą obu Umawiających się Stron do współpracy mogą zostać włączone organizacje pozarządowe.

Artykuł 10

Współpraca odbywa się na zasadzie wzajemności w formie spotkań ekspertów, specjalistycznych imprez naukowych, gościnnych pobytów ekspertów, wzajemnej informacji i doskonalenia zawodowego.

Artykuł 11

Umawiające się Strony będą wspierały tworzenie i rozwijanie kontaktów oraz współpracy między pozarządowymi instytucjami i organizacjami, które działają w dziedzinie ochrony środowiska.

Artykuł 12

(1) Umawiające się Strony, za obopólną zgodą, mogą udostępniać osobom trzecim wyniki swojej współpracy. Wymiana informacji i ich udostępnianie osobom trzecim następuje przy zachowaniu odpowiednio obowiązujących przepisów prawnych, praw osób trzecich oraz zobowiązań międzynarodowych.

(2) Wykorzystanie podlegających ochronie lub zastrzeżonych informacji wymaga odrębnego uregulowania.

Artykuł 13

Każda z Umawiających się Stron ponosi swoje koszty powstałe w związku z realizacją niniejszej Umowy. W indywidualnym przypadku można uzgodnić odmienne uregulowanie.

Artykuł 14

Umawiające się Strony poinformują się w drodze wymiany not, że zostały spełnione wymagane warunki wewnątrzpaństwowe dla wejścia w życie niniejszej Umowy. Umowa wchodzi w życie w miesiąc po dniu, w którym nadeszła ostatnia nota.

Artykuł 15

Umowa niniejsza zawarta jest na czas nieokreślony. Może ona być wypowiedziana przez każdą z Umawiających się Stron w drodze notyfikacji, z zachowaniem sześciomiesięcznego okresu wypowiedzenia.

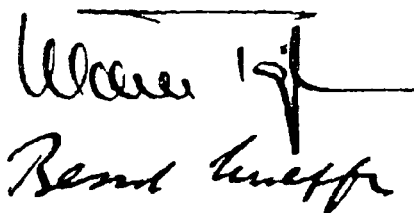
Artykuł 16

Z wejściem w życie niniejszej Umowy traci moc Umowa między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o współpracy w dziedzinie ochrony środowiska z dnia 10. listopada 1989 roku.

Sporządzono w Schwerinie dnia 7. kwietnia 1994 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty mają jednakową moc.

W imieniu Rządu
Republiki Federalnej Niemiec

W imieniu Rządu
Rzeczypospolitej Polskiej


Bernd Lueske



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF POLAND CONCERNING COOPERATION IN THE FIELD OF ENVIRONMENTAL PROTECTION

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Poland,

Considering the great importance that the Contracting Parties attach to environmental protection,

Guided by the provisions of the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland on Good-Neighbourly Relations and Friendly Cooperation of 17 June 1991,

In accordance with the aims and principles of the Declaration of the United Nations Conference on the Human Environment held in Stockholm in 1972 and the Declaration of the United Nations Conference on Environment and Development held in Rio de Janeiro in 1992,

Recognizing the need for environmentally sound use of natural resources,

Convinced that close cooperation in the field of environmental protection based on mutual trust is in the interests of both parties and contributes to the strengthening of good-neighbourly relations,

Desiring to develop further their cooperation in the field of environmental protection and to expand the treaty basis for it,

Have agreed as follows:

Article 1

(1) The Contracting Parties shall cooperate broadly in the field of environmental protection on a basis of equality, reciprocity and mutual benefit.

(2) The aim of cooperation shall be to achieve a lasting improvement in the state of the environment by:

- (a) Reducing detrimental influences on the environment;
- (b) Ensuring the environmentally sound use of natural resources;
- (c) Preserving, fostering and developing local diversity of flora and fauna and their habitats.

Article 2

(1) The Contracting Parties shall cooperate in particular in preserving clean air, water and soil and in conserving natural areas, including forest conservation.

(2) The main areas of cooperation shall be:

(a) Exchange of experience relating to environmental legislation and environmental management;

(b) Collection and analysis of data on the state of the environment and factors affecting it, as well as the exchange of such information;

(c) Environmental education and measures to inform the general public about environmental issues;

(d) Exchange of experience on the introduction of environmentally sound technologies and facilitation of their application and exchange;

(e) Exchange of experience regarding processes for the rational use of raw materials and energy;

(f) Exchange of experience regarding all questions of waste management;

(g) Development of concerted strategies for regional and international environmental policy.

Article 3

(1) The Contracting Parties agree to ensure environmentally sound development of the border regions through coordinated transboundary cooperation in the field of environmental protection.

(2) Priority shall be given in such cooperation to the detection, assessment and reduction of environmental pollution in border regions and to the prevention of significant adverse transboundary environmental impact.

Article 4

(1) The Contracting Parties shall mutually identify areas in border regions where there is a particular threat to the environment or where the environment is particularly unspoiled and shall agree upon measures aimed at special protection of the environment in such areas.

(2) With the aim of improving the environmental situation in border regions, the Contracting Parties shall promote direct neighbourly cooperation between the competent local and State authorities.

Article 5

(1) The Contracting Parties shall take all appropriate and effective measures to prevent, reduce and counteract significant adverse transboundary environmental impact.

(2) A Contracting Party in whose territory an activity likely to have a significant adverse transboundary impact is proposed shall conduct an environmental impact assessment. In that assessment, the potential adverse environmental impact in the territory of the other Contracting Party shall also be examined. It shall notify the other Contracting Party of the proposed activity as early as possible, but no later than when informing its own general

public, shall furnish the other Contracting Party with the requisite details and shall offer adequate consultations.

(3) Details concerning notification, consultation and the activities subject to this procedure shall be governed by the Convention on Environmental Impact Assessment in a Transboundary Context of 25 February 1991, once the Convention is binding on both Contracting Parties. Until such time, both Contracting Parties shall provisionally apply the Convention to the widest extent possible and in accordance with their national legislation.

(4) As soon as possible after the entry into force of this Agreement, the Contracting Parties shall list the activities to be included in the transboundary environmental impact assessment and shall agree on the procedures for reciprocal notification and consultation in accordance with the provisions of the Convention mentioned in paragraph 3.

Article 6

(1) The Contracting Parties shall notify each other immediately in the event of unusual transboundary environmental pollution if there is a concern that such pollution may constitute a danger to the life or health of human beings or to the natural environment of the other Contracting Party.

(2) A Contracting Party in whose territory an accident or other unforeseen incident has occurred that results in unusual environmental pollution shall immediately take effective measures to eliminate the causes and limit the effects of the accident or other unforeseen incident and shall notify the other Contracting Party thereof.

(3) The Contracting Parties, with the participation of the locally competent authorities, shall devise a reciprocal warning and notification system in the event of unusual transboundary pollution of the environment and shall cooperate in cleaning up the pollution and remedying its consequences.

(4) The Contracting Parties shall conclude appropriate agreements to that end, taking into consideration the relevant international rules that apply to both parties, in particular the Convention on the Transboundary Effects of Industrial Accidents of 17 March 1992.

Article 7

(1) Liability for damage resulting from a transboundary environmental impact shall be governed by the applicable law of the Contracting Parties.

(2) In that regard, each Contracting Party shall guarantee the nationals of the other Contracting Party unhindered and equal access to its courts in accordance with its own applicable law, including the international conventions binding upon it.

Article 8

The Contracting Parties shall vigorously oppose the export and import of waste and environmentally hazardous materials to the extent that it is contrary to the law of one of the Contracting Parties.

Article 9

(1) The authorities competent to implement this Agreement are, on the German side, the Federal Minister for the Environment, Nature Conservation and Reactor Safety, and, on the Polish side, the Minister for Environmental Protection, Natural Resources and Forestry. The Ministers shall head the German-Polish Environmental Council that was established pursuant to article 1 of the Agreement of 17 June 1991 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Poland concerning the establishment of the German-Polish Environmental Council.

(2) In order to advance the implementation of this Agreement, the Ministers may entrust commissions and working groups, in particular the Commission for Neighbourly Cooperation in the Field of Environmental Protection, with the handling and clarification of specific matters of interest to both Contracting Parties.

(3) The Contracting Parties shall involve the competent local and State authorities in this cooperation.

(4) By mutual agreement of the Contracting Parties, non-governmental organizations may be asked to participate in the cooperative efforts.

Article 10

Cooperation shall proceed on a basis of reciprocity in the form of expert meetings, specialized scientific events, guest visits by experts, exchange of information and advanced training programmes.

Article 11

The Contracting Parties shall promote the establishment and expansions of contacts and cooperation between non-governmental institutions and organizations active in the field of environmental protection.

Article 12

(1) The Contracting Parties may by mutual agreement communicate the results of their cooperation to third parties. Exchange of information and information-sharing with third parties shall be subject to the applicable legislation, the rights of third parties and international obligations.

(2) The use of information that is confidential or protected shall require a separate agreement.

Article 13

Each Contracting Party shall bear its own costs incurred in the implementation of this Agreement. A different arrangement may be made in specific cases.

Article 14

The Contracting Parties shall notify one another when the domestic requirements for the entry into force of the Agreement have been fulfilled. The Agreement shall enter into force one month after the date on which the last such notification is received.

Article 15

This Agreement is concluded for an indefinite period. Either Contracting Party may denounce the Agreement by notification given six months in advance.

Article 16

Upon the entry into force of this Agreement, the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Polish People's Republic on Cooperation in Environmental Protection of 10 November 1989 shall lapse.

Done at Schwerin on 7 April 1994 in two originals, each in the German and Polish languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

KLAUS TÖPFER

BERND WULFFEN

For the Government of the Republic of Poland:

ZELICHOWSKI

[TRANSLATION — TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE
POLOGNE RELATIF À LA COOPÉRATION DANS LE DOMAINE DE LA
PROTECTION DE L'ENVIRONNEMENT

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Pologne,

Considérant que les Parties contractantes accordent une grande importance à la protection de l'environnement;

Vu les dispositions du Traité de bon voisinage et de coopération amicale entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne, du 17 juin 1991;

En conformité avec les buts et principes de la Déclaration de la Conférence des Nations Unies sur l'environnement, tenue à Stockholm en 1972, et de la Déclaration de la Conférence des Nations Unies sur l'environnement et le développement, tenue à Rio de Janeiro in 1992;

Conscients de la nécessité de respecter l'environnement dans l'exploitation des ressources naturelles;

Convaincus qu'une étroite coopération dans le domaine de la protection de l'environnement, fondée sur la confiance mutuelle, est dans l'intérêt des deux Parties et contribue au renforcement des rapports de bon voisinage;

Désireux de renforcer encore leur coopération dans le domaine de la protection de l'environnement et d'en élargir les bases conventionnelles;

Conviennent comme suit :

Article 1

1) Les Parties contractantes coopèrent largement dans le domaine de la protection de l'environnement sur la base de l'égalité, de la réciprocité et de l'avantage mutuel.

2) La coopération a pour but d'améliorer durablement l'état de l'environnement par les moyens suivants :

- a) Réduction des effets dommageables sur l'environnement;
- b) Respect de l'environnement dans l'exploitation des ressources naturelles;
- c) Préservation, encouragement et développement de la diversité de la flore et de la faune locales et de leurs habitats.

Article 2

1) Les Parties contractantes coopèrent en particulier à la préservation de la pureté de l'atmosphère, des eaux et des sols et à la conservation des espaces naturels, notamment les forêts.

- 2) La coopération porte sur les grands secteurs suivants :
- a) Échanges de données d'expérience relatives à la législation écologique et à la gestion de l'environnement;
 - b) Collecte, analyse et échanges de données concernant l'état de l'environnement et ses facteurs déterminants;
 - c) Éducation et vulgarisation en matière d'environnement;
 - d) Échanges de données d'expérience relatives à l'introduction de technologies respectueuses de l'environnement et aux mesures visant à faciliter leur application;
 - e) Échanges de données d'expérience relatives aux processus pour la mise en oeuvre rationnelle des matières premières et de l'énergie;
 - f) Échanges de données d'expérience relatives à toutes les questions de gestion des déchets;
 - g) Mise au point de stratégies concertées pour une politique régionale et internationale en matière d'environnement.

Article 3

- 1) Les Parties contractantes conviennent d'assurer l'aménagement des régions frontalières dans le respect de l'environnement grâce à une coopération transfrontière coordonnée dans le domaine de la protection de l'environnement.
- 2) Dans le cadre de cette coopération, la priorité doit être donnée à la détection, à l'évaluation et à la réduction de la pollution de l'environnement dans les régions frontalières, ainsi qu'à la prévention d'importants impacts transfrontières sur l'environnement.

Article 4

- 1) Les Parties contractantes identifient mutuellement les zones frontalières où l'environnement est particulièrement menacé et celles où l'environnement est particulièrement intact, et elles conviennent de mesures visant à assurer une protection particulière dans ces zones.
- 2) Dans le dessein d'améliorer la situation de l'environnement dans les régions frontalières, les Parties contractantes favorisent la coopération directe de bon voisinage entre les autorités locales et centrales compétentes.

Article 5

- 1) Les Parties contractantes prennent toutes les mesures appropriées et efficaces pour prévenir, réduire et combattre les impacts transfrontières dommageables sur l'environnement.
- 2) La Partie contractante dans le territoire de laquelle il est proposé d'entreprendre une activité qui pourrait avoir un important impact transfrontière dommageable sur l'environnement doit réaliser une évaluation d'impact environnemental en examinant aussi l'impact dommageable exercé sur l'environnement dans le territoire de l'autre Partie contractante.

Elle doit notifier dès que possible l'activité proposée à l'autre Partie contractante et fournir à celle-ci, au plus tard à la date de l'annonce publique, tous les détails nécessaires et offrir de tenir des consultations adéquates.

3) Les détails concernant la notification, les consultations et les activités sujettes à cette procédure seront régis par la Convention sur l'évaluation de l'impact sur l'environnement dans un contexte transfrontière, du 25 février 1991, dès que celle-ci sera d'application obligatoire pour les deux Parties. D'ici là, les deux Parties contractantes appliqueront provisoirement, dans la plus large mesure possible, les dispositions de la Convention en conformité avec leur législation nationale.

4) Dès que possible après l'entrée en vigueur du présent Accord, les Parties contractantes dressent une liste des activités à inclure dans l'évaluation des impacts transfrontières sur l'environnement et conviennent de procédures de notification et de consultation réciproques en conformité avec les dispositions de la Convention dont il est question au paragraphe 3.

Article 6

1) Les Parties contractantes se notifient réciproquement dès que se produit une pollution transfrontière exceptionnelle de l'environnement, si l'on craint qu'elle ne présente un danger pour la vie ou pour la santé humaine, ou pour l'environnement naturel de l'autre Partie contractante.

2) La Partie contractante dans le territoire de laquelle se produit un accident ou un autre incident imprévu qui provoque une pollution transfrontière exceptionnelle de l'environnement prend immédiatement des mesures efficaces en vue de supprimer les causes et de limiter les effets de l'accident ou de l'incident imprévu, et elle en notifie l'autre Partie contractante.

3) Les Parties contractantes mettent au point, avec la participation des autorités locales compétentes, un système d'avertissement et de notification réciproques en cas de pollution transfrontière exceptionnelle de l'environnement et elles coopèrent aux fins des mesures de dépollution et d'assainissement.

4) Les Parties contractantes concluent à cette fin des accords appropriés en tenant compte des règles internationales pertinentes qui s'appliquent aux deux Parties, en particulier la Convention sur les effets transfrontières des accidents industriels, du 17 mars 1992.

Article 7

1) La responsabilité civile des impacts transfrontières sur l'environnement est régie par le droit applicable des Parties contractantes.

2) À cet égard, chaque Partie contractante garantit aux nationaux de l'autre Partie contractante un accès égal et sans entraves à ses tribunaux en conformité avec son propre droit en la matière, y compris les conventions internationales d'application obligatoire.

Article 8

Les Parties contractantes s'opposent vigoureusement à l'exportation et à l'importation de déchets et de matières potentiellement dangereuses pour l'environnement, dans la mesure où ces activités sont contraires au droit de l'une ou l'autre des Parties contractantes.

Article 9

1) Les autorités compétentes aux fins de la mise en oeuvre du présent Accord sont, pour la Partie allemande, le Ministre fédéral de l'environnement, de la protection de la nature et de la sûreté des réacteurs et, pour la Partie polonaise, le Ministre de la protection de l'environnement, des ressources naturelles et des forêts. Les Ministres dirigent le Conseil d'environnement allemand polonais créé en application de l'article premier de l'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Pologne relatif à la création du Conseil d'environnement allemand polonais, du 17 juin 1991.

2) Les Ministres peuvent, aux fins de favoriser la mise en oeuvre du présent Accord, confier l'étude et le règlement de certaines questions dans l'intérêt des deux Parties contractantes à des commissions et à des groupes de travail, en particulier la Commission pour la coopération de bon voisinage le domaine de la protection de l'environnement.

3) Les Parties contractantes font participer à cette coopération les autorités locales et centrales compétentes.

4) Des organisations non gouvernementales peuvent être appelées, du commun accord de Parties contractantes, à participer aux efforts de coopération.

Article 10

La coopération se déroule, sur la base de la réciprocité, dans le cadre de réunions d'experts, de manifestations scientifiques spécialisées, de visites de spécialistes invités, d'échanges de renseignements et de programme de formation supérieure.

Article 11

Les Parties contractantes favorisent l'établissement et l'expansion des contacts et de la coopération entre les institutions et les organisations non gouvernementales actives dans le domaine de la protection de l'environnement.

Article 12

1) Les Parties contractantes peuvent, d'un commun accord, communiquer à des tierces parties les résultats de leur coopération. Les échanges et la mise en commun d'informations avec les tierces parties sont régis à la législation applicable, aux droits des tierces parties et aux obligations internationales.

2) L'usage d'informations confidentielles ou protégées exige la conclusion d'un accord distinct.

Article 13

Chaque Partie contractante prend en charge les frais qu'elle expose aux fins de la mise en oeuvre du présent Accord. Des dispositions différentes peuvent être prises dans des cas précis.

Article 14

Chacune des Parties contractantes notifie à l'autre l'accomplissement des procédures internes requises pour l'entrée en vigueur du présent Accord. Le présent Accord prendra effet un mois suivant la date de réception de la dernière notification.

Article 15

Le présent Accord est conclu pour une période indéfinie. Chacune des Parties contractantes peut le dénoncer par une notification donnée avec six mois de préavis.

Article 16

L'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République populaire de Pologne relatif à la coopération en matière de protection de l'environnement, du 10 novembre 1989, cessera d'avoir effet dès l'entrée en vigueur du présent Accord.

Fait à Schwerin le 7 avril 1994 en deux exemplaires originaux en allemand et en polonais, les deux textes étant également authentiques.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

KLAUS TÖPFER
BERND WULFFEN

Pour le Gouvernement de la République de Pologne :

ZELICHOWSKI

